

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1931

277 (27.11.1931)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-
träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.80
Der Bezugspreis ist im Voraus
zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefer-
ung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite
Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundchrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter
Rabatt, der bei Nichtzahlung
innerhalb 8 Tagen nach Red-
aktionsdatum oder bei gerichtlicher
Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen
müssen am Tage vorher auf-
gegeben werden.

Bank-Konto
Verrechnungsbank Sinsheim
c. G. m. b. H.

Nr. 277.

Freitag, den 27. November 1931.

92. Jahrgang

Sensationelle Kammerrede Labals.

Paris, 27. Nov. Gestern nachmittags hat Ministerpräsi-
dent Labal seine außenpolitische Kammerrede gehalten. In
der er teilweise

sehr scharf gegen Deutschland polemisierte.

Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß Labal
ganz ausdrücklich die Achtung vor den Verträgen forderte,
von der er die Wiederherstellung des Vertrauens abhängig
machte. Ferner unterstrich er

daß die neue Tributregelung nur für die Dauer der
Krise gedacht sei.

daß Frankreich nur auf eine Herabsetzung der Zahlungen
eingehen werde, wenn Amerika das Gleiche tue, und daß
Frankreich nicht daran denke, sein Recht auf die ungeschuldeten
Zahlungen preiszugeben. Labal erklärte weiter, daß die
deutschen Privatbanken vor den politischen Schulden keinen
Vorrang genießen dürfen.

Am einzelnen befand sich Labal zunächst mit dem Hoover-
Moratorium, das die großen Hoffnungen nicht erfüllt habe
die Hoover darauf gesetzt hatte. Die allgemeine Krise der
Weltwirtschaft habe sich im Gegenteil verschlimmert und be-
sonders in Deutschland schwere Ausmaße angenommen. In
Paris habe er über eine Stunde unter vier Augen mit Dr.
Brüning gesprochen. Er könne nicht schillern, wie er-
stehend diese Unterredung war. Er habe mit Dr. Brüning die
Möglichkeiten geprüft, die Schwierigkeiten beider Länder zu
beseitigen und er entsinne sich noch, wie der Reichskanzler ihm
die Krone vorlegte.

ob denn diese Tragödie zwischen Frankreich und
Deutschland ewig dauern solle

An dem Tage, an dem auf der einen Seite des
Rheins die nationalsozialistischen Kundgebungen
aufgehört hätten, würden die Ereignisse auf die
Frage des Reichskanzlers antworten.

In London habe man dann verlacht, der finanziellen Notlage
Deutschlands beizukommen und man sei sich dabei über die
Verlängerung der kurzfristigen Kredite einig geworden.

Labal ging dann auf seine Berliner Reise ein und unter-
strich die heraldische Aufnahme durch Bevölkerung und Regie-
rung. Er erinnerte an die Bildung des deutsch-französischen
Wirtschaftsausschusses, von dem er allgemein eine Besserung
der Beziehungen erwartete. Seine Wahntatonei habe
große Hoffnungen aufkommen lassen. „Frankreich habe bei
dieser Gelegenheit die beste Propaganda für sich gemacht. In
Amerika ist man sich über unsere Lage nunmehr vollkommen
im Klaren. Man kennt unsere Opfer, unsere Sorgen und
unsere tiefen Bemühungen in Bezug auf die Abrüstung. (U)
Wir haben lange über die deutsche Krise gesprochen und sind

uns darüber einig geworden

daß der Young-Plan nach Ablauf des Moratoriums
wieder in seine Rechte treten muß.

Frankreich wird in Zukunft nicht mehr solchen Krisen aus-
gesetzt sein, wie sie dieser Schritt des Präsidenten Hoover
darstellte. Unsere Unterredung hat demnach zu positiven Er-
gebnissen geführt, denn wir haben die Zukunft vorbereitet.

Labal ergänzte dann diese Erklärungen durch einige
Kommentare: „Frankreich — so laute er — hat große Opfer
gebracht und dennoch im Juli sich bereit erklärt, auf die
Dauer eines Jahres auf die Reparationen zu verzichten.

Es wäre leicht, den Leichtsinns hervorzuheben, mit
dem in Deutschland die Finanzen verwaltet worden
sind. Man hat die Schulden mit Anleihen bezahlt.
Städte verschuldet und die Industrie ausgebaut und
als dann der Zeitpunkt der Rückzahlungen nahte,
erklärte man: Wir können nicht zahlen!

Zu gleicher Zeit ergingen sich gewisse Kreise im Reich in
lärmenden Kundgebungen gegen Frankreich. „Ich weiß
nicht“, so erklärte Labal unter großem Beifall der Kammer,
„was man in Deutschland gesagt hätte, wenn sich gerade
Dina: unter gleichen Umständen in Frankreich vollzogen hät-
ten. Ich habe ein Recht, so zu sprechen, ohne dabei die
Würde des deutschen Volkes zu beleidigen.“

Zu den kommenden Verhandlungen erklärte Labal, daß
Frankreich trotz seiner augenblicklich noch bevorstehenden La-
ge kein Recht habe, sein Geld hinaus zu werfen und verschwen-
den zu lassen. „Es gibt Grenzen, die wir nicht überschrei-
ten können. Wenn man uns auffordert, Vertrauen zu ha-
ben, so werden wir antworten, daß die Wiederherstellung
dieses Vertrauens außer von der Achtung des gegenseitigen
Wortes und der Unterbrechung abhängt. Wir werden eine neue
Zahlungsregelung nur für eine beschränkte Zeit, d. h. für
die Dauer der Krise annehmen. Wir werden einer Herab-
setzung der Zahlungen nur soweit zustimmen als wir von
unseren Kriegsschulden befreit werden.

Wir werden niemals dulden, daß die ungeschuldeten
Zahlungen angetastet werden, und wir werden nicht zu-
geben, daß man den privaten Schulden Deutschlands
den Vorrang einräumt.

Frankreich, so schloß Labal, dessen Ansehen unerschütterlich
ist, hat keinerlei Vornachsetzungen, sondern will nur
den Frieden und die Zivilisation verteidigen und sicher-
stellen.“

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden von
der Kammer mit nicht endenwollenem Beifall aufgenom-
men. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen.

Moskau auf den Knien vor Frankreich.

Ein russischer Vertrag mit Paris über Warschau und Bukarest.

Berlin, 25. Nov. Auch in Berliner politischen Kreisen wird
es nunmehr bestätigt, daß neue russisch-polnische Verhandlungen
über einen Nichtangriffsvertrag zur Zeit im Fluß sind. Das
Bemerkenswerte dabei ist die Tatsache, daß, nachdem der polnische
Gesandte in Moskau, Herr Patek, vor einem Vierteljahr so
mächtig abgelehnt war, nun Rußland demjenigen ist, der zu einem
Abhufte drängt. Die Gründe hierfür liegen darin, daß Ruß-
land einen Nichtangriffsvertrag mit Frankreich wegen der Stei-
gerung seiner eigenen Ausfuhr und der Erhöhung des fran-
zösischen Warenkredits abschließen möchte, daß es diesen Ver-
trag mit Frankreich aber nur dann bekommen wird, wenn es
gleichzeitig oder vorher einen ähnlichen Vertrag mit Polen ab-
geschlossen hat. Der große Zug der französischen Politik, der
immer wieder seit zwölf Jahren ununterbrochen in der östlichen
Einkreisung Deutschlands gipfelt, tritt auch hierin wieder klar
hervor.

So wird das Drängen Moskaus in Warschau verständlich,
es besteht aber nach wie vor noch immer Schwierigkeiten, die
einen Abhufte noch hinauszuschieben scheinen. Es ist bekannt,
daß Polen den Nichtangriffsvertrag mit Rußland gleichfalls an
Bedingungen knüpft und zwar an die Hineinnahme anderer
östlicher und südöstlicher Reichsteile. Nunmehr scheinen die
Verhandlungen soweit geblieben zu sein, daß Polen allein noch
die Einbeziehung Rumäniens fordert, während es auf andere
Randstaaten verzichtet hat. Gerade in der rumänischen Frage
liegt für Rußland aber ein besonderes Hemmnis, da die Sowjet-
republik mit der Einbeziehung Rumäniens in den polnisch-
russischen Nichtangriffsvertrag sich seiner Rechte auf Bessarabien
begeben würde, für Sowjetrußland besonders schmerzhaft, weil

auch die Sowjet-Führer niemals den Verlust Bessarabiens ver-
gessen haben.

Immerhin scheinen die Verhandlungen über einen so viel
verzweigten und mannigfaltig verwickelten Vertrag doch vor-
dem Ende zu stehen, und es ist in diesem Zusammenhang be-
zeichnend, daß Rußland dem doch in die Hineinnahme Ru-
māniens eingewilligt haben dürfte. Auch hieraus wieder ist zu
erkennen, daß die Durchführung des Fünf-Jahresplanes in Sow-
jetrußland, die nun auch noch von den französischen Krediten
abhängig ist, Rußland schließlich alle anderen Schranken über-
springen läßt, wenn es nur gelingt, vor der Weltöffentlichkeit
mindestens in der russischen Darstellung zu beweisen, daß mit der
Abwicklung des Fünf-Jahresplanes der Versuch eines bolsche-
wistischen Staatssystems gescheitert sei. Wie die „Deutsche Rund-
schau“ in Bromberg wissen will, sind in diesen Tagen der Nicht-
angriffsvertrag und der Handelsvertrag zwischen Sowjetruß-
land und Frankreich in Paris bereits paraphiert worden. Es
steht aber noch immer die Unterzeichnung beider Verträge durch
die Sowjetregierung aus, die die Unterfertigung solange zinaus-
zögert, bis sie die Waren- und Geldkredite von Frankreich wirk-
lich erhalten hat, — wieder ein Beweis dafür, wie sehr den
Sowjetmachthabern die tatsächliche Not auf den Nerven brennt.

Die letzten Verhandlungen werden zur Zeit in Paris ge-
führt, und es heißt, daß nunmehr auch Frankreich entgegen-
kommen zeige und um den Abschluß der Verträge bemüht sei,
damit der große Wurf der östlichen Einkreisung Deutschlands
in dem Augenblick gelingt, wo die Tributfrage wahrscheinlich
eine nicht im französischen Sinne liegende Neuregelung erfährt
und wo die Abrüstungskonferenz mit allen ihren für Deutsch-
land entscheidenden Folgen vor der Tür steht.

Die deutsche Sozialpolitik in Gefahr.

Sozialpolitischer Ausschuss.

Berlin, 27. November. Zu Beginn der Donnerstagssitzung
des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gedachte
der Vorsitzende Dr. Brauns des 50-jährigen Bestehens der
deutschen Sozialpolitik. Er betonte dabei, daß heute die So-
zialpolitik unter der Not der Gegenwart leide. Je eher man
das herbeiführt, desto eher brenne man Katastrophen vor.
Das meiste der Sozialpolitik müsse dem Volke erhalten
bleiben.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums schilderte
dann ausführlich die letzte Lage der Sozialversicherung.
Zurzeit liefen 2,3 Millionen Invalidenrenten, 670 000 Wit-
wen- und etwa 610 000 Waisenrenten.

Die Invalidenversicherung
die 1930 noch 56 Millionen Ueberläufer gehabt hätte, ließe in-
folge von Leistungssteigerung und Beitragsrückgang für 1931
einen Fehlbetrag von 210 Millionen und für 1932 einen sol-

chen von 265 Millionen erwarten. Infolgedessen werde das
Vermögen der Invalidenversicherung von 1 637 000 000 RM.
im Jahre 1931 auf etwa 1 490 000 000 RM. sinken. Die Lan-
desversicherungsanstalten müßten jetzt etwa 18 Millionen und
1932 etwa 22 Millionen monatlich aufzubringen. Dabei sei der
Vermögensverlust durch Verminderung der Vermögens-
anlagen unberücksichtigt. An der

Krankenversicherung

hatten sich von 1924 bis 1929 die Einnahmen und Ausgaben
etwa verdoppelt. Seit 1930 gingen beide ständig zurück. Am
nächsten sei der Rückgang beim Krankengeld. Bei der

Angestelltenversicherung

verschärfe sich der 1931 eingeleitete Beitragsrückgang von Mo-
nat zu Monat. Trotzdem habe diese Versicherung noch erheb-
liche Ueberläufer. In der

Knappschaftlichen Pensionsversicherung

werde der Haushaltsausgleich durch den starken Rückgang der
Beitragsleistungen bedroht. Die Arbeiterpensionskasse habe seit
1925 238 000 Mitglieder verloren. Der Regierungsvertreter
betonte sodann, es müsse Hauptaufgabe werden, zu verhindern,
daß das Vermögen der Invalidenversicherung bei einem un-
günstigen Kursstand verkleinert werden müsse. Eine Bei-
tragserhöhung in der Invalidenversicherung sei jetzt nicht
möglich. Ueber die Beilegung organisatorischer Mängel der
Sozialversicherung werde den beteiligten Körperschaften
ein Gesetzentwurf zugehen.

Eine vom Ausschuss angenommene Entschließung er-
sucht die Regierung um Maßnahmen, die den notleidenden Lan-
desversicherungsanstalten die Flüssigmachung von Vermö-
gensbeständen ermöglicht.

Vorläufig keine Reichstagsberufung

Sitzung des Reichstages des Reichstages.

Berlin, 27. November. Der Reichstagsrat des Reichstages
beschäftigte sich gestern abend zunächst mit dem kommunisti-
schen Antrag, den Reichstag auf kommenden Mittwoch einzun-
berufen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten
und die Deutschnationalen. Die Nationalsozialisten waren in
der Sitzung nicht vertreten. Die Deutsche Volkspartei und
ihre Fraktionen antworteten auf die Stimme, um zunächst
ihre Fraktionen zu befragen. Die Kommunisten werden, wie
verlautet, den Antrag auf Einberufung des Reichstages dem-
nächst erneuern, wobei sie damit rechnen, daß die National-
sozialisten, wenn sie vorher von einem solchen Antrag unter-
richtet werden, im Reichstagsrat erscheinen und den Antrag
unterstützen.

Zu den Anträgen auf Diätenfürsorge für die Reichstags-
abgeordneten hat der Reichstagsrat eine Entschließung noch
nicht gefaßt, weil er der Ansicht war, daß eine Änderung
der vom Reichstag selbst beschlossenen Diätengesetze auch nur
wieder durch den Reichstag vorgenommen werden könne.

Kürzung der Beamtengehälter über 12000 Mark

Haushaltsausschuss des Reichstages.

Berlin, 27. Nov. In der Donnerstagssitzung des Haus-
haltsausschusses des Reichstages in der Anträge über Be-
amtengehälter für den Reichstag standen, teilt im Ver-
lauf der Aussprache über diese Anträge ein Vertreter des
Reichsfinanzministeriums auf Anfrage mit, es sei ihm
nicht bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung
hinsichtlich einer neuen Gehaltsfürsorge habe. Von den
Christlichsozialen wurde beantragt, abgesehenfalls durch
Notverordnung zu bestimmen, daß Körperschaften des
öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter als die der Reichs-
minister ausbezahlt werden dürfen. Nebenbezüge und Zu-
wendungen realer Art sollen 15 Prozent der Gehälter
nicht überschreiten. Uebernahmen seien unter Strafe zu
stellen.

Die Kommunisten verlangten Festsetzung einer Höchst-
grenze von 7200 Mark jährlich für alle Beamten und An-
gestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden, Behör-
den und der Privatbetriebe.

Die Sozialdemokraten beantragten, gewisse Normen für
die Herabsetzung zu schaffen durch eine Staffelung, wonach
Privatbeamte über 12000 Mark um 20 v. H. S. bis — bei
den höchsten Gehältern über 300 000 Mark — 50 v. H.
in dem 12000 Mark überschreitenden Teil des Einkommens
reduziert werden sollen.

Ein dem Ausschuss vorliegender nationalsozialistischer
Antrag fordert Kürzung der Gesamtbezüge des Reichsprä-
sidenten, der Reichsminister und der Reichsstaatssekretä-
ren um die Hälfte. — Grundsätzlich seien die Gehälter
der unteren und mittleren Beamten unangetastet zu lassen.

Bei der Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer
Antrag angenommen, der eine Herabsetzung der Notverord-
nung vom 6. Oktober in folgendem Sinne verlangt: Die
Herabsetzung der Gehälter bei Einkommen über 12—20 000
Mark beträgt mindestens 20 v. H. S. bis 50 000 Mark 25 v. H. S.
bis 100 000 Mark 30 v. H. S. bis 150 000 Mark 35 v. H. S. bis
200 000 Mark 40 v. H. S. bis 250 000 Mark 45 v. H. S. und für
noch höhere Einkommen 50 v. H. S. des über 12 000 Mark hin-
ausgehenden Betrages. Eine Herabsetzung unter 12 000
Mark soll jedoch nicht erfolgen.

Der erwähnte Antrag der Christlichsozialen wurde mit
Ausnahme des Schlussteils, der sich mit der Auftragsver-
sachung beschäftigt, ablehnend angenommen.

Heute wird der Ausschuss Mittelkassen der Regierung
über die Währungsmaßnahmen entzusehen.

Schiedspruch im Ruhrbergbau

Unveränderte Verlängerung bis 31. Dezember.

Essen, 27. November. Die Lohnordnung im Ruhrbergbau
ist soeben nach laum einstündiger Schlichtungsverhandlungen
durch Schiedspruch unverändert bis zum 31. Dezember 1931
verlängert worden.

Der letzte Lohnschiedspruch vom 29. September 1931, der
eine 7-prozentige Lohnsteigerung festsetzte, wurde bekanntlich
durch Notverordnung in seiner Laufdauer bis zum 30. Nov.
1931 abgelehnt. Ferner wurde ebenfalls durch Notverord-
nung der Beifall der Arbeitslosenversicherungsanstalten für
die Untergrube festgesetzt, so daß sich die Lohnsteigerung
für die Arbeiter um 3,75 v. H. erhöhte, die durch die
Lohnsteigerung erzielte Selbstkostensteigerung für den Ruhrber-
gbau aber auf 10,25 v. H. erhöhte. Ob die Regierung sich nun-
mehr auch zu einer Verlängerung des Beifalles der Arbeits-
losenversicherungsanstalten gemäß der Notverordnung des
Reichspräsidenten entschließen wird, bleibt abzuwarten.

Der Ruhr-Bergbauverband lehnt den Schiedspruch ab.

Der Bergbauverband hat bereits den Lohnschiedspruch mit
Rückblick auf die wirtschaftliche Untragbarkeit abgelehnt und
wird bei den am Samstag, den 28., im Reichsarbeitsmini-
sterium stattfindenden Nachverhandlungen keine Gründe für die
Ablehnung noch besonders darlegen. Im übrigen kann der

und Geld abzuliefern sind jeder Erzeuger und Händler hat ununterbrochen eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum oder Besitz befindlichen Lebensmittel der zuständigen Bürgermeisterei einzureichen. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veränderung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe für jede Verletzung der Feststellung und Ablieferung wird u. a. Einziehung des gesamten Vermögens vorgesehen. Weiter wird vorgeschrieben, daß eine Feststellung aller zu Ernährenden durch Anmeldung erfolgt. Die Durchführung der Volksernährung soll durch Kollektivspeisung, Zuteilung von Lebensmitteln auf Karten und zwar ohne Bezahlung, erfolgen. Die Bürgermeistereien werden angewiesen, eine Aufstellung der Lebensmittel und der zu Ernährenden einzurichten und die Kollektivspeisung einzurichten.

In den Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes wird vorgelesen, daß die Führung der über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. praktisch über den gesamten Ertrag des Volkseigentums und damit des Vermögens jedes einzelnen Volkseigenen verfügen darf. Bis zur anderweitigen Regelung soll es kein Privateigentum mehr geben. Dafür soll der gegenwärtige Vermögensstand durch Sicherung des Eigentums und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt werden.

Hierfür werden eine Reihe von Zwangsmaßnahmen vorgesehen. U. a. folgende: Unterlagung von Zwangsvollstreckungen, Zinseszinsabgaben, Mietabgaben, sowie eine amtliche Feststellung von Verbindlichkeiten und Forderungen.

In den Richtlinien für die Schaffung eigener Verwaltungseinrichtungen wird vorgelesen, die Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verbrechen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und die Notverordnungen, sowie die Einrichtung einer Verwaltungsabteilung, die für die vorhandenen Behörden die Ministerien ersetzt und Entlassungen und Ernennungen von Beamten vorzunehmen hat.

In den Richtlinien für eine Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht wird vorgelesen, daß jeder Deutsche (nicht Jude) männlichen und weiblichen Geschlechts vom 16. Lebensjahre zur Dienstleistung nach Anordnungen der Behörden verpflichtet ist. Der Anspruch auf Ernährungsleistung von der Erfüllung der Dienstpflicht bezogen von der Bereitschaft zu ihr nach den Entwürfen abhängig zu machen.

Die NSDAP. verlagte die „Münchener Post“

München, 27. Nov. Die Pressestelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei teilt mit:

Gegen die in Nr. 273 der „Münchener Post“ vom 25. Nov. unter der Überschrift „Vorbereitungen zur Nationalsozialistischen Revolution“ veröffentlichten unmaßvollen Behauptungen ist der „Münchener Post“ seitens der NSDAP die Anforderung zur Berichtigung nach § 11 des Pressegesetzes gestellt worden. Rechtsanwalt Dr. Frank II. München, ist mit der Klagestellung gegen die „Münchener Post“ beauftragt worden.

Der Artikel, der die NSDAP zur Klageeinreichung veranlaßt hat, enthält eine Liste von Personen mit Namen und Adressen, die angeblich bei der Machübernahme durch die NSDAP in einer Bartholomäusnacht durch genau vorgezeichnete Sturmschwärme umgebracht werden sollten. Auf der Liste steht u. a. der Name des Aba Auer.

Aus der Pfälzer Separatistenzeit

Der Prozeß Heim-Höcker in der Pfalz.

Grünstadt (Pfalz), 26. Nov. Vor dem Amtsgericht in Grünstadt begann am Dienstag der in politischen Kreisen mit großer Spannung erwartete Prozeß Dr. Heim-Höcker. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Wittlinger, die Erklärung ab, daß dieser Prozeß in der Geschichte der Pfalz eine wichtige Rolle spielt, in der die Pfälzer Unzufriedenheit über sich erheben lassen mußte.

Durch seinen Vertreter legte der Privatkläger Dr. Heim eine ärztliche Attest vor. Sein Gesundheitszustand erlaube eine Reise nach der Pfalz nicht, ebensowenig könne Dr. Heim den Verhandlungen folgen. Anschließend gab der Vertreter Dr. Heims eine eidesstattliche Versicherung ab, daß bekannt worin erklärt wird, daß ihm nicht das Gerüchte bekannt sei, daß Heim-Drbis jemals schriftlich oder mündlich in Beziehung zu ihm getreten sei, sicherlich nicht in politischen Belangen. Das Gleiche gelte auch bezüglich des Saad oder Dr. Sand, an dessen Namen er sich überhaupt nicht erinnern könne und folglich nicht seine Korrespondenz führen. A. B. der Generalsekretär. Er habe Heim-Drbis nur ein einziges Mal in seinem Leben gesehen. Tatsache sei, daß die bayerischen Bauernvereine, denen er angeblich im schärfsten Kampf mit der freien Bauernschaft standen, also in schärfster Begegnung zu Heim-Drbis.

Von dem Mordplan an Heim-Drbis habe er keine Kenntnis gehabt.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung entschied das Gericht, daß die Verhandlung auch in Abwesenheit des Dr. Heim durchzuführen werde. Darauf erbat sich die Vertreter der Privatbeschuldigten eine kurze Bedenkzeit.

Im weiteren Verlauf der Vormittagsverhandlung gab die eine Erklärung ab, daß sie wegen Nichterscheinens Dr. Heims die Verteidigung niederlegen. Anstatt Barium gab die programmatische Erklärung ab, daß sich Dr. Heim immer entschieden gegen eine Rettung des Reiches ausgesprochen habe. Der Staatsanwalt gegen Höcker wurde dann auch auf die Anwesenheit in der Reichsbürger Verammlung vor acht Tagen ausgedehnt und angenommen, daß es sich um ein vorgetriebenes Vergehen der Pfälzer Handele handle.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Ein Zeuge erklärte, er habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß zwischen Heim-Drbis und Dr. Heim jemals eine Verbindung bestanden habe, auch sei ihm nichts bekannt, daß die Warnung an Heim-Drbis von Dr. Heim ausginge. Die Schwester des Heim-Drbis, Frau Barbara Heim, sagte über das bekannte Tagebuch ihres Bruders aus, in dem wiederholt der Buchstabe S. auftaucht. Die Zeugin meint es könne damit Hitler, Dr. Heim und schließlich auch der Ministerpräsident Dr. Held gemeint sein. Das Tagebuch befindet sich jetzt im Ausland.

Am dritten Verhandlungstage kam es zu einer besonders starken Polemik zwischen dem Beschuldigten, Rechtsanwalt Weinmann und Staatsanwalt Wittlinger wegen des feinerartigen Verhaltens mancher politischer Persönlichkeiten auch in bayerischen Kreisen. Die Pfälzer dreizugaben, nachdem Berlin zu einem gewissen Zeitpunkt kein Interesse mehr an der Pfalz gehabt habe. Da in diesem Zusammenhang auch wieder Ministerpräsident Held und Dr. Heim genannt wurden, vernahm sich Staatsanwalt Dr. Wittlinger auch ernstlich dagegen, daß Ministerpräsident Dr. Held mit separatistischen Reaktionen in Verbindung gebracht wurde.

Bernard Shaw ist kein Gentleman

Bernard Shaw hat vor kurzem seinen Briefwechsel mit der berühmten englischen Schauspielerin Ellen Terry veröffentlicht. Nun werden gegen die Veröffentlichung des Briefwechsels

von dem Sohne der Schauspielerin, Edward Gordon Craig, heftige Angriffe unternommen, die in England großes Aufsehen erregen. Schon in der Vorrede zu seinem Buch „Ellen Terry and her Secret Self“ (Ellen Terry und ihr persönliches Geheimnis) zieht der Verfasser gegen Bernard Shaw vom Leder. Seine Hauptvorwürfe erhebt er aber in einer kleinen Schrift, die am Schluß des Buches in einer auf der Innenseite des Deckels angebrachten Tasche untergebracht ist.

Craig erklärt u. a.: „Ein Mann, der Briefe einer Dame besitzt, darf sie nicht aus der Hand geben und sie niemandem zeigen. Warum — darauf gehe ich nicht ein. Das tut man eben nicht, das ist eine Selbstverständlichkeit, die immer so gegolten hat“. Er erinnert an eine Erklärung, die Shaw am 8. April 1930 abgegeben hat und in der es heißt: „Amint! Zum erstenmal höre ich jetzt davon. Ich weiß nichts von einer Veröffentlichung der Briefe, die ich Ellen Terry schrieb. Selbstverständlich werde ich niemals die Veröffentlichung der Briefe zulassen, die die Künstlerin mir schrieb“. Und während er diese Erklärung abgab, fährt Craig fort, war er schon mit der Vorbereitung der Herausgabe beschäftigt. Seine Motive waren zunächst die Eitelkeit, dann der Wunsch, dem toten Irving einen Tritt zu versetzen, auf den er eifersüchtig war, wie eben diese Briefe beweisen. Craig sagt in der kleinen Schrift am Schluß des Buches seine Entrüstung in die Worte zusammen: „Shaw ist kein Gentleman, er ist überhaupt kein Mann!“

Badisches Heimarchiv

Von der Pressestelle des Staatsministeriums wird uns mitgeteilt:

Seit mehr als zwei Jahren werden vom Heimarchiv bei der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Staatsministeriums die heimatskundlichen Aufsätze und Nachrichten badischer Tageszeitungen gesammelt und verarbeitet. Da die verarbeitenden Ausschüsse jetzt die Zahl 2000 überschritten haben, kann die Einrichtung der Öffentlichkeit ausnahmsweise gemacht werden. Vom 15. November 1931 ab ist eine Entleihsung von Auschnitten aus den Beständen des Heimarchivs unter den Bedingungen der Landesbibliothek möglich: die Zusendung von Material über ein gewünschtes Stoffgebiet oder über bestimmte Orte erfolgt an Personen in amtlicher Lebensstellung, die eine solche Entleihsung nach Vorlage der notwendigen Bescheinigung bei der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe, Bismarckstraße 10.

Die vielen wertvollen Beiträge zur Heimatskunde unsere Tageszeitungen“ alljährlich veröffentlichten, ist wohl bekannt. Aber erst die systematische Sammlung im Heimarchiv hat gezeigt, daß in ihnen ein unerschöpfliches Stoff- und Forschungsmaterial enthalten ist, das bisher, von geringen Ausnahmen abgesehen, fast ganz unberührt geblieben war. Das Heimarchiv ist nun die Stelle, an der alle erreichbaren heimatskundlichen Veröffentlichungen der Tagespresse durch öffentliche Behandlung vor der sonst unvermeidlichen Vernichtung bewahrt und aufgrund ausführlicher Verzeichnisse nach Verfasser, Ort und Inhalt der Benutzung durch Schule und Wissenschaft zugänglich gemacht werden. Die Schulen werden die damit reichhaltige Materialität der Stoffversorgung freudig begrüßen, da sie in Heimatkunde und Heimatsliebe besonders pflegen sollen. Diese Aufgabe aber aus Stoffmangel oft nicht erfüllen können. Aber auch der Heimatsforscher wird in Zukunft seine Arbeiten in enger Verbindung mit dem Heimarchiv durchführen, da an dieser Zentrale des Tageschrifttums ein Ueberblick über die schon geleisteten Vorarbeiten gewonnen und damit Doppelarbeit vermieden werden kann.

Die Leitung des Heimarchivs (Professor Dr. Franz Schneider) bittet aber auch alle Forscher und Schriftsteller des heimatskundlichen Schrifttums von ihren Aufsätzen und Mitteilungen in Tageszeitungen jeweils Abschnitte dem Archiv zur Verfügung zu stellen, um der lückenlosen Sammlung des vorliegenden Materials möglichst nahe zu kommen. Auch die Geschäftsstellen der Zeitungen werden gebeten, ihre einschlägigen Veröffentlichungen in zwei Abschnitten zu übermitteln. Denn sowohl Verfasser wie Verleger haben doch wohl ein Interesse daran, ihre Arbeiten der Nachwelt in dauerhafter Form bei einer zentralen Sammelstelle zu überliefern, wo sie infolge einer sorgfältigen Verarbeitung jederzeit auffindbar und benutzbar sind. Beim Aufkommen aller Kreise kann so im Laufe der Jahre eine Sammlung von unerschöpflichem Wert aufzubauen werden, die mit dazu beitragen wird, unserer Volk die Schätzung der Heimat nahe zu bringen und die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedrohte Bodenständigkeit wenigstens dem Geiste nach zu erhalten.

Vorbereitung des „Führer“ und des „Mannchen“ auf fünf Tage. Karlsruhe, 27. Nov. Amlich wird mitgeteilt: „Der Minister des Innern hat die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ und die in Freiburg erscheinende Tageszeitung „Der Mannchen“ auf fünf Tage verboten. Anlaß dazu gab die an den Artikel „Kleine Antae an Herrn Kemmerle“ geknüpften Bemerkungen, welche im Sinne der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellen.“

Folgeschwerer Autounfall

Ein Toter und ein Schwerverletzter bei einem Autounfall.

Baden, 27. Nov. Ein folgenschwerer Autounfall ereignete sich an der Unterendorfer Straße. Das dem Sattlermeister Wendert aus Waldbrunn gehörende von dessen Sohn geführte Auto fuhr aus bisher unbekannten Gründen gegen einen Baum. Die beiden Insassen wurden herausgeschleudert. Der junge Wendert war sofort tot, sein Vater wurde lebensgefährlich verletzt.

Gendarmerie-Razzia nach Schwarzbrenner

Oberkirch 26. Nov. In Stadelhofen wurden gestern durch ein größeres Gendarmenkontingent fünfzehn Personen verhaftet, die sich anlässlich einer Vorarbeit bei verschiedenen Landwirten vorgenommenen Razzia nach Schwarzbrenner in den Beamten mit Gewalt widersetzt hatten.

Zu den schweren Ausschreitungen in Stadelhofen am Dienstagabend wird uns von ausländischer Stelle folgende Darstellung gegeben:

In der Nacht zum Dienstag zwischen 12 und 1 Uhr wollten vier Polizeibeamte von Oberkirch und Offenbach die Brenneren in Stadelhofen einer Kontrolle unterziehen. Die Beamten wurden aber von etwa zwanzig Burischen im Alter von 20 bis 30 Jahren innerhalb der Dörfler angegriffen und aufgefördert, sofort die Dörfler zu verlassen, andernfalls sie lebend nicht mehr hinauskommen. Um Schlimmes zu verhüten, haben die Beamten von einer Kontrolle ab und waren sich zurück. Die Burischen hatten ihre Mägen schon ins Geficht gezogen, um nicht erkannt zu werden, was ihnen aber wenig nützte. Als am Mittwoch früh

die Gendarmerie vollständig in Stadelhofen erschien und die Burischen aus ihren Betten herausholten, war es mit dem Mut der Selben vorbei. Sie wurden ins Bezirksgefängnis nach Offenburg eingeliefert. An jenem Abend fand in Stadelhofen ein Festabend und am folgenden Tage zwei Hochzeiten statt, so daß die Burischen wohl unter der Wirkung des Rauschtrunks „Neuen“ gehandelt haben.

Wie uns hieran weiterhin aus Oberkirch berichtet wird, wurden insgesamt 14 Personen verhaftet, zwei der Burischen sind flüchtig geblieben. Bei der Kontrolle handelte es sich um eine der üblichen, in gewissen Zeitabständen und bisher fast immer anstandslos durchgeführten nächtlichen Razzien der Polizeibehörden. Die Verhafteten werden sich wegen Aufruhrs vor dem Offenburgischen Schöffengericht zu verantworten haben.

Zur Einäscherung des Norddracher Armenhauses

Nordrach (bei Zell a. S.), 27. Nov. Wie wir bereits berichtet, ist am Mittwochabend um 7 Uhr, 16 Tage nach dem ersten Brandfall, das Norddracher Armenhaus, das etwa 500 Meter abseits der Talstraße liegt, vollständig abgebrannt. Der Brand entzündete an derselben Stelle wie das letzte Mal, nämlich im Südflügel des Hauses, der aus Holz gebaut war. Die Feuerwehr von Nordrach und die Einwohner mußten sich auf die Rettung der Leute und des Mobiliars beschränken; die Gegenstände im südlichen Teil des Hauses konnten allerdings nicht mehr gerettet werden. Der von Offenburg herbeigekommene Automobil-Einsatz erreichte den Brandplatz nicht mehr rechtzeitig, auch war es für ihn fast unmöglich, die Steigung von etwa 35 Grad zu nehmen. Ein Glück war es, daß am Morgen des Brandtages Regen fiel, da sich sonst der umliegende Laubwald leicht hätte entzündet können. Der Brandplatz gleich am Mittwochabend einem Klüffelsack. — Die zehn obdachlosen Familien wurden bei den Dorfbewohnern untergebracht. Unter ihnen befinden sich auch Bettlägerige und eine Wäscherin, die auf einem Karren zu Tal befördert werden mußten. Die Brandursache ist noch nicht geklärt, doch wird auch in diesem Falle Brandstiftung vermutet.

Explosionsunglück vernichtet 5 Menschenleben

Worshaus, 27. Nov. Ein furchtbares Unglück, dem fünf Personen zum Tode fielen, ereignete sich am Mittwoch in der Wohnung des Kraftwagenführers Duschowitsch, durch dessen Unachtsamkeit ein Benzinbehälter explodierte. Die Explosion war so heftig, daß die Wände der Nachbarwohnungen eingerissen wurden. Die Wohnung Duschowitschs stand im Nu in hellen Flammen und sehr rasch breitete sich das Feuer auf die Nachbarräume aus. Nach dreifachiger Rettungsarbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Unter den Trümmern der durch Explosion und Feuer zerstörten Wohnräume wurden die zum Teil verbrannten Leichen des Kraftwagenführers Duschowitsch, seiner 18jährigen Schwester und seiner Braut in den Nachbarräumen der Leichen einer Frau und eines etwa 10-jährigen Kindes gefunden. Drei weitere Kinder haben schwere Verletzungen davongetragen.

Nordbrenner in einem Dorf.

Traunstein, 26. Nov. Gestern abend versuchten bis jetzt noch unbekannte Nordbrenner, die in der Nähe von Traunstein liegende Ortschaft Burg durch Feuer zu vernichten. Gleichzeitig brach an allen Ecken des Dorfes Feuer aus, so daß alle Feuerwehren der näheren und weiteren Umgebung von Burg alarmiert werden mußten. Nur dadurch, daß völlige Windstille herrschte, konnte die Ortschaft vor der völligen Vernichtung durch das verheerende Element behütet werden. Drei große Bauernhöfe fielen dem wütenden Feuer samt Vorräten, landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen zum Opfer. Die Gendarmerie leitete sofort nach Ausbruch des Großfeuers die Untersuchung ein, da es sich wahrscheinlich um die schon seit Wochen im Chiemgau sich herumtreibende Brandstifterbande handelt, hinter welcher kommunistische Agitatoren vermutet werden.

Aus Nah und Fern.

Einsheim, den 27. November 1931.

○ **Kauf rechtzeitig!** Der Reichstag hatte im Jahre 1929 ein Gesetz beschlossen, wonach die offenen Verkaufsstellen am 24. Dezember um 5 Uhr nachmittags schließen müssen. Lebens- und Genussmittel sowie Blumen- und Geschenkwaren dürfen bis 6 Uhr offen bleiben. Damit ist Geschäftsinhabern und Angehörigen die Möglichkeit gegeben, den Heiligabend im Familienkreise zu erleben. Das Weihnachtsfest ist Kindern und Erwachsenen eine Quelle reiner Freude. Kein Mensch soll sich seinem Zauber entziehen. Lärm und Hast des Alltags sollen schweigen, wenn die Glocken das Fest einläuten. Der frühe Geschäftsschluß am Heiligen Abend will auch die im Einzelhandel tätigen Menschen am Glück des frohesten deutschen Festes teilnehmen lassen. Angehts der beruflichen Anspannung des Personals in den Wochen vor Weihnachten ist eine solche Regelung nur billig. In ihrem Interesse sollte deshalb auch jeder Käufer sein Teil dazu beitragen, am Heiligabend einen pünktlichen Geschäftsschluß zu ermöglichen. Es ergeht deshalb die Bitte, die Weihnachtseinkäufe möglichst schon vor dem 24. Dezember zu machen, jedenfalls nicht bis zur letzten Stunde des Heiligabends zu warten. Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, daß die Kaufkraft in diesem Sinne auch ihr Eigeninteresse wahr. Für gutes Geld will man ja gut und individuell bedient werden. Man will in Ruhe wählen können und auch den Rat des Verkäufers hören. Diesen Vorzug genießt nicht, wer seine Einkäufe bis zur letzten Minute zurückstellt. Deshalb nochmals: Kauf rechtzeitig!

○ **Telephonverkehr zu Weihnachten und Neujahr.** Am Weihnachtsheiligabend und am Silvesterabend herrscht erfahrungsgemäß ein außerordentlich starker Fernsprechverkehr von Ort zu Ort. Die Ursache der meisten Schwierigkeiten besteht darin, daß die einzelnen Gespräche bis zur Höchstdauer von 12 Minuten ausgedehnt werden. Nun sind die Betriebsleiter der Fernsprechemittlungsstellen ermächtigt worden, am Heiligabend und am Silvester die Höchstdauer der gewöhnlichen Privatgespräche vorübergehend von 12 auf 6 Minuten herabzusetzen, soweit die Verkehrslage dies erfordert. Wenn eine Beschränkung der Gesprächsdauer notwendig geworden ist, werden die Teilnehmer bei Gesprächsbeginn darauf hingewiesen.

○ **Nur noch Kunstplatten im Rundfunk.** Wie bekannt, waren zwischen den Schallplattenfabrikanten und dem Rundfunk Differenzen wegen der allzu starken Verwendung der Schallplatten entstanden, die die Schallplattenfabrikanten veranlaßten, dem Rundfunk ein Ultimatum zu stellen, wonach ab 29. November keine Schallplatten mehr geliefert werden sollen. Die Lage ist zurzeit so, daß sich die Schallplattenfirmen bereit erklärt haben, dem Rundfunk das Spielen von künstlerisch besonders wertvollen Platten zu erlauben. Da dadurch aber immerhin recht bedeutende Zeitlücken in der Sendung entstehen, will der Rundfunk diese Lücken durch musikalische Darbietungen ausfüllen. Für diese Vorträge sollen in erster Linie erwerbslose Künstler herangezogen werden. In dem neuen Programm kündigt sich bereits die neue Wagnahme an: Die Schallplattenkonzerte, die in der Vortragsfolge bisher einen erheblichen Teil der Tagesleistung des

